



Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

An die Bauarbeiterschaft Deutschlands!

(Bauhülfsarbeiter, Bauklempner, Bau Schlosser, Bau-
tischler, Bildhauer, Dachdecker, Glaser, Maler, Maurer,
Ofenseher Steinbauer, Steinseher, Stukkateure,
Zimmerer.)

Der zweite Bauarbeiterschutzkongress

findet, wie wir früher bereits bekannt gegeben
am **Sonntag, den 29., Montag, den 30.,** und
wenn erforderlich **Dienstag, den 31. März 1903**

zu Berlin

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15
statt.

Die Verhandlungen beginnen Sonntag, den
29. März, 7 Uhr Abends, mit folgender Tages-
ordnung:

1. Bericht der Zentralkommission für Bauarbeiter-
schutz.
Berichterstatter: **L. H. Bömelburg.**
2. Der gegenwärtige Stand des Bauarbeiter-
schutzes und Beratung weiterer Maßnahmen.
Berichterstatter: **G. Heinke.**
3. Lohnklausel in Bauverträgen.
Berichterstatter: **G. Heintze.**
4. Anträge, soweit dieselben bei den vorhergehenden
Punkten nicht erledigt sind.

Wir ersuchen die gesamte Bauarbeiterschaft
Deutschlands, zu der vorstehenden Tagesordnung
sowie zur Beschickung des Kongresses Stellung zu
nehmen und erwarten, daß auch dieser Kongress,
genau so wie sein Vorgänger im Jahre 1899, eine
imposante Demonstration wird gegen die Mißstände
im Baugewerbe.

Bezüglich der Vertretung lassen wir vollständig
freie Hand. Es ist zulässig, daß die einzelnen
Branchen für einen Ort oder auch für mehrere
Orte gemeinsam eine Delegation entsenden, wie es
auch gestattet ist, wenn die Bauarbeiterschaft eines
Ortes sich auf eine gemeinsame Vertretung einigt.

Die Delegierten haben sich durch Mandat zu
legitimieren, und zwar für jeden durch sie ver-
tretene Ort durch ein besonderes Mandat. Ist
ein Delegierter von verschiedenen Branchen ent-
sandt, dann sind die für die Delegation in Betracht
kommenden Berufe auf dem Mandat anzugeben.
Die Mandate sind aber nur dann gültig, wenn
dieselben von mindestens drei Personen unter-
zeichnet sind.

Mandatsformulare sind bei den Zentralvor-
ständen der für die einzelnen Berufe bestehenden
Organisation oder bei dem Sekretär der Unter-
zeichneten, **G. Heinke, Hamburg, Brennerstr. 11,
2. Et.,** zu haben.

Die Wahl der Delegierten ist in Mitglieder-
oder öffentlichen Versammlungen vorzunehmen.
In Fällen, wo zur Abhaltung von Versammlungen
ein Lokal nicht zur Verfügung steht, kann die Wahl
auch durch Unterschriften vollzogen werden. Die
Unterschriften sind dem Mandat mit beizufügen.

Die Unkosten der Delegation haben diejenigen
zu tragen, welche die Vertretung entsenden.

Im Anschluß an den Kongress halten die Ver-
bände der Bauarbeiter, Maler, Maurer und
Zimmerer ihre Verbandstage ab. Es dürfte sich
empfehlen, die zu den Verbandstagen delegierten
Berufsgenossen auch mit der Vertretung auf dem
Kongress zu betrauen. Dadurch wird die Delegation
bedeutend billiger, indem die betreffenden Verbände
für ihre Delegierten die Reisekosten selbst zahlen.

Etwaige Anträge für den Kongress, welche
Bezug haben auf den Bauarbeiterschutz und die
sonstige Tagesordnung, sind der Unterzeichneten
spätestens bis zum 1. März zu unterbreiten. Die

Anträge werden dann 14 Tage vor Stattfinden des
Kongresses öffentlich bekannt gegeben.

Für die örtlichen Vorarbeiten ist in Berlin ein
Lokalkomitee eingesetzt, bestehend aus Vertretern
der in Betracht kommenden Berufe.

Dem Lokalkomitee ist von der erfolgten Wahl
zum Delegierten Mitteilung zu machen; ebenfalls,
ob die Beforgung eines Logis gewünscht wird.

Die Drucksachen für den Kongress (Bericht der
Zentralkommission für Bauarbeiterschutz usw.)
werden, soweit es sich um Delegierte handelt, die
zugleich auch Delegierte der Verbandstage oben-
genannter vier Verbände sind, durch die betreffenden
Zentralvorstände, an die anderen Delegierten durch
das Lokalkomitee versandt; selbstverständlich auch
nur an diejenigen, welche sich angemeldet haben.

Alle Sendungen, Anfragen usw. sind zu richten:
für das Lokalkomitee an **G. Bink, Berlin, Engel-
ufer 15,** für die Unterzeichneten an **L. H. Bömelburg,
Hamburg, Brennerstr. 11, 1. Et.**

Hamburg, im Februar 1903.

Die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz.

Im Auftrage:

**L. H. Bömelburg, Maurer.
G. Heintze, Zimmerer.
G. Weniger, Maler.**

Die Etatsberatung im Reichstage.

Alljährlich legt der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes
dem deutschen Reichstage den Haushaltsplan vor, indem
er die mutmaßlichen Einnahmen des Reiches mit den Aus-
gaben in einen Vergleich stellt. Bei dieser Gelegenheit spricht
er sich über die Finanzlage aus und auch die Reichskassen
machen ihrem Herzen nach allen Richtungen hin Luft. Die
Aussichten für das Jahr 1903 sind nach den Ausführungen
des Schatzsekretärs sehr trübe. Bereits das Jahr 1900 schloß
mit einem geringen Fehlbetrag ab, nachdem die vorhergehenden
Jahre günstige Ergebnisse gehabt hatten. Im Jahre 1901
erreichte der Fehlbetrag die Höhe von rund 50 Millionen
Mark; die Gründe hierfür sind in dem wirtschaftlichen
Niedergang der letzten Jahre zu suchen. Auch das Jahr
1902, so führte der Staatssekretär aus, wird voraussichtlich
mit einem recht hohen Defizit abschließen. Wir haben in
den meisten Kapiteln der Einnahmen unvorhergesehene Aus-
fälle gehabt und andererseits überschreiten die Ausgaben viel-
fach den Voranschlag. Nach dem bisherigen Ergebnis sind
nun Mindererträge zu erwarten: bei der Zuckersteuer un-
gefähr 15½ Millionen, bei der Post- und Telegraphen-
verwaltung etwa 3½ Millionen usw. Auch die Eisenbahnen
werden einen Ausfall aufweisen, der zwar nicht so groß
sein wird wie im vorigen Jahre, aber schätzungsweise immer-
hin etwa 3 Millionen beträgt. Im ganzen kommen für das
laufende Jahr Mindereinnahmen in Frage von etwa 26 Mill.
Mark. Dabei ist ein Hauptposten noch nicht berücksichtigt,
der des Anteils des Reiches bei dem Abschluß der Reichsbank.
Nach Abzug der Mehreinnahmen aus den verschiedenen so-
eben genannten Quellen bleibt eine Mindereinnahme von
rund 17 Millionen, zuzüglich des in seiner Höhe noch nicht
bestimmten Ausfalls bei der Reichsbank. Mehrbedürfnisse
werden wir andererseits bei einer Reihe von Verwaltungen
haben. Das Auswärtige Amt wird etwa ½ Million Mark
mehr verbrauchen, das Reichsamt des Innern einige Hundert-
tausend Mark. Die Verwaltung des Reichsheeres und des
bayerischen Kontingents wird etwa einen Mehrbedarf von
63¼ Millionen für sich beanspruchen, wovon rund 3 Millionen
auf die Naturalverpflegung in Folge erhöhter Fleisch-
preise fallen.

Interessant ist hier, daß der Redner die höheren Aus-
gaben fürs Militär auf die Erhöhung der Fleischpreise zurück-
führt. Unsere Kollegen entsinnen sich wohl noch, daß die
Agrarier neulich die Steigerung der Fleischpreise ganz ent-
schieden bestritten und von einem „Fleischnotrummel“ sprachen.
Dieser Schwinkel wird durch die Rechnung des Reichsfinanz-
amtes widerlegt. Aber noch in anderer Beziehung sind die
Ausführungen des Redners von Interesse. Wenn die Ein-
nahmen des Reiches durch die schlechten Geschäftslage zurück-
gehen und die Ausgaben infolge der teuren Preise wachsen,
so muß natürlich ein Defizit eintreten. Das Reich weiß sich
jedoch zu helfen, denn es pumpt einfach, indem es eine
Millionen-Anleihe aufnimmt. Wie aber steht es mit einem
Arbeiterhaushalte, wenn dessen Ausgaben steigen und die Ein-
nahmen sinken? Hier ist das Pumpen sehr beschwerlich und
die Not steht ins Haus ein. Dies ist auch eine Illu-
stration zu dem Ausspruch von der „gesicherten Existenz des
deutschen Arbeiters bis ins hohe Alter hinein“. Man darf

wohl behaupten, daß die Entwicklung der Reichsfinanzen die
Lage des gegenwärtigen Wirtschaftslebens wieder spiegelt und
daß man aus der Geldnot des deutschen Reiches einen Miß-
schluß tun kann auf die Geldnot des deutschen Arbeiters. Da-
nach muß man behaupten, daß sich Millionen von Menschen in
Deutschland augenblicklich in einer großen Notlage befinden,
ohne daß „die mangelnden Faktoren“ sich auch nur im ge-
ringsten darum kümmern.

In der Diskussion über den Reichsetat wurden der Re-
gierung und der Mehrheit des Reichstages einige bittere Wahr-
heiten gesagt. „Was den Gesamtcharakter der Finanzlage be-
trifft“, sprach von Vollmar, „so befindet sie sich auf einem so
unglaublichen Tiefstand, die Defizits und Schulden aber die
Pumpwirtschaft hat einen Entwidlungsgrad erreicht, die
ganze Organisation unseres Finanzwesens ist so verkorrupt
geworden und widerspricht so allen Grundgesetzen einer ge-
sunden Finanzwirtschaft, daß die Dinge unmöglich so weiter
gehen können und daß man endlich an eine schnelle Wende-
rung dieses Zustandes denken muß. Nun hat uns ja gestern
der Schatzkanzler die interessante Mitteilung gemacht, daß
der Zustand zwar ein recht trauriger sei, aber es sei niemand
daran schuld. Denn diese Dinge hätten nicht vorausgesehen
werden können. Wenn man das so hört, möchte man wirk-
lich meinen, als ob das Finanzleben ein unentrinnbares
Schicksal sei, das plötzlich sojauzagen über uns gekommen sei.
In Wirklichkeit ist die Sache doch so, daß das jetzige Geld-
not ist als die unausbleibliche Folge der ganzen bisherigen
Finanzpolitik. Wir Sozialdemokraten haben oft genug
gewarnt, Jahr für Jahr, daß endlich mit der bisherigen
Praxis Einhalt getan werde. Ich erinnere nur an die große
Flottenvorlage vom Jahre 1897, die ja insbesondere den
jetzigen Zustand herbeigeführt hat. Damals wurde von
diesen Vätern der Regierung ausdrücklich vorausgesagt, daß
bei der nahenden schlechten wirtschaftlichen Konjunktur no-
wendig die Einkünfte des Reiches aus indirekten Steuern
und Zöllen sich vermindern müßten und daß dann Defizite,
neue Schulden und neue Steuern absolut unabwendbar sein
würden. Die Regierung hat sich damals die Sache sehr leicht
gemacht. Sie beschuldigte uns der Schwarzfärberei, sie habe
Geld wie Heu, so viel Geld, daß sie garnicht einmal wisse,
was sie mit den neuen Mitteln, die ihr damals das Zentrum
angeboten hatte, anfangen solle. Die dauernden Ueberschüsse
seien hoch genug, um die Mehrkosten der Flottenvorlage aus-
laufenden Beiträgen decken zu können, und die Mehrheit dieses
Hauses, unter Führung natürlich des Zentrums, hat ge-
wollt, die Augen geschlossen, hat die Vorlage in allen wesent-
lichen Teilen angenommen und hat durch ihren Bewilligungse-
ifer neue Forderungen der Regierung probiziert. Nachdem
nun jetzt die Bescheerung da ist und die Wähler anfangen
schwierig zu werden, da auf einmal tut das Zentrum schmerz-
lich überrascht über die schlechte Finanzlage und sucht die
Verantwortung von sich abzuwälzen, indem es die Sache so
hinstellt, als ob es durch die Regierung damals verleitet worden
ist. Auf die Verführung mag sich ein junges, unerfahrenes
Kind hinausreiben, aber ein Wesen, das in Sünden groß
geworden ist, das über so viele Erfahrungen verfügt, wie gerade
das Zentrum, muß sehr genau die Folgen seines Tuns kennen.
Die Mehrheit und besonders das Zentrum ist
für die jetzige Finanzlage voll verantwortlich.“ Diesen Mißfall wird das Zentrum sicher nicht an den
Spiegel fiedeln.

Auch der Reichskanzler Graf Bülow nahm im Laufe
der Debatte das Wort; er sang ein Loblied auf die soziale
Tätigkeit des Kaisers und behauptete, daß die Monarchie am
meisten für die arbeitende Klasse getan habe. Er berief sich hier-
bei dem deutschen Unternehmertum einen kleinen Seitenhieb,
indem er erzählte, der Kaiser habe an den Rand eines Be-
richtes, worin die Stelle vorkommt: „Die französische
Bourgeoisie ist der Hebung der arbeitenden Klasse nicht ge-
neigt!“ die Worte geschrieben: „Gerade so wie bei uns!“
Hierüber empörten sich die Bourgeois des Reichstages und
von Kardorff gab dieser Enttückung lebhaften Ausdruck:
„Der Reichskanzler sprach gestern davon, daß der Kaiser an
die Bemerkung im Bericht des Botenchafters Fürsten Radolin,
daß die Bourgeoisie wenig geneigt sei zur Erfüllung sozialer
Pflichten, die Handbemerkung gefügt habe: „Ganz wie bei
uns!“ Das ist unrichtig! Die deutsche Bourgeoisie, die in-
dustrielle wie die landwirtschaftliche, hat willig und
ohne Murren die Lasten der sozialpolitischen
Gesetzgebung auf sich genommen, die
Landwirtschaft, trotzdem sie durch die Caprivische Handels-
gesetzgebung in so schwerem Unheil versetzt worden ist. Diese
Notlage ist auch durch die Annahme des Polltaxes noch nicht
beseitigt.“ Diesem Herrn sind eben die Bälle noch nicht hoch
genug und er hat sich „nur vorläufig“ damit zufrieden ge-
geben. Wir dürfen also auf eine Fortsetzung der Agitation
für noch höhere Zölle rechnen. Dann fuhr Redner fort: „Unsere
soziale Gesetzgebung hätte einen besseren und schnelleren Ver-
lauf genommen, wenn wir noch ein Sozialistengesetz hätten.
Ich will nicht sagen, daß das frühere Sozialistengesetz voll-
kommen gewesen wäre und daß man es notwendiger Weise
als ein Ausnahmegesetz abtun mußte, aber gegenüber einer
Partei, die die Fundamente unserer christlichen Kultur um-
stürzen will, kann man ohne eine besondere Gesetzgebung
nicht auskommen. Ich fürchte, die Zukunft wird das noch

durch rigorosere Anwendung der Hagen-Verordnung machlos gewordenen Arbeiterschaft. Seit Beginn dieses Jahres ist die Arbeitszeit verkürzt auf 9 Stunden (früher 10 $\frac{1}{2}$) und extra ein Abzug von 10 Pct. festgesetzt worden, so daß am letzten Tagtag für 14 Tage der höchste Lohnsatz 39 *M* betrug, während die meisten nur 28, 30 und 32 *M* bekamen. Dabei, es ist geradezu charakteristisch, sind viele dieser Kollegen im Hirsch-Dunder'schen Gewerbeverein organisiert, der bekanntlich den friedlichen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit als Hauptaufgabe darstellt. Freilich, da gab's große Entrüstung, manches harte Wort fiel gegen die „Brotgeber“, aber das war auch alles. In einigen Stunden ist alles vorbei, die vordem gefassten guten Vorsätze sind zerbrochen nach allen Richtungen. Und das weiß der Kapitalist, er kennt seine Leute, so lange sie nicht vereinigt sind und geschlossen eine Macht bilden, lacht er über die Entrüstungszenen. Und es ist auch kaum mehr anzunehmen, daß viele davon noch zur Einsicht kommen, denn sie sind im Laufe der Jahre zu stumpfsinnigen Elementen geworden, zu willenlosen Sklaven, zu Maschinen. Und das haben — es ist eine Schmach zu sagen — zum großen Teil die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften auf dem Gewissen, die ihre Mitglieder in Harmoniebusselei großzügigen und ihnen geistige Aufklärung nur in winziger Menge zu Teil werden lassen. Mochten es die Kollegen doch einmal einsehen, wie sie von diesen „Arbeiterfreunden“ am Narrenseil herumgeführt werden. Die eigenartigen Verhältnisse in solchen Fabriken, wo viele Tausende unserer Kollegen beschäftigt sind, sowie die eigenartigen Umstände, unter denen sie zu schwachen haben, dürfen uns für die Zukunft noch veranlassen, speziell für dieses Arbeitsfeld eine ganz eigenartige Agitation zu entfalten, um einerseits dem geistigen Rückschritt entgegenzuarbeiten und andererseits zu verhindern, daß diese Kategorie nicht vollständig verelendet und dem Pauperismus entgegengeht.

G e l l e n k i r c h e n. (Jahresbericht.) Die Filiale Gellenskreuz wurde im Juni v. J. zum dritten Male wieder errichtet und vom Vorstand das aufbewahrte Material der früheren Filiale eingeleitet. Die Arbeit, die bei Begründung der Filiale geleistet wurde, ließ das Beste erwarten. Obgleich es uns nicht möglich war, den Kollegen in öffentlichen Versammlungen unsere Ziele klar zu machen, ließen wir es an der Agitation vor Mund zu Mund nicht fehlen. Die 13 stattgefundenen Mitgliederversammlungen beschäftigten sich zum größten Teil mit dem inneren Ausbau der Filiale. Auch fanden einige Vorträge statt, um den Kollegen, die unsere Vereinigung kaum dem Namen nach kannten, über unsere Zwecke und Ziele aufzuklären. Der Jahresbericht ergab eine Gesamteinnahme von 482,59 *M*, eine Ausgabe von 430,88 *M*. Die Mitgliederzahl am Jahresabschluss betrug 54. Unserer Bibliothek soll größere Sorgfalt zugewandt werden. Als Kandidat für die Delegiertenwahl zur Generalversammlung wurde Kollege Kunge aufgestellt. Unsere nächste Aufgabe wird sein, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer genaueren Prüfung zu unterziehen, schwanken doch die Löhne zwischen 33 und 50 *J* pro Stunde, die Arbeitszeit zwischen 10 und 11 Stunden. Teilweise wird die Frühstücks- und Vesperpause mitbezahlt, andernteils auch abgezogen. Neben dem leider üblichen unanständigen Betragen seitens der Meister im Winter macht sich auch das Fehlen von Winterlöhnen bemerkbar. Während an anderen Orten vermöge des fließenden Kapitals die Bautätigkeit eine ziemlich rege ist, kann von hier das Gegenteil berichtet werden. Statt besser scheint es noch schlechter zu werden. Alles in allem genommen bleibt auch hier noch ein Stück Arbeit zu leisten. Darum, Kollegen, an die Arbeit! Mithilfe mit uns... Verhältnisse, werdet neue Mitglieder für unseren Verband. Mithilfe die Lagen auf, damit auch wir im Stande sind, in der jüngsten Großstadt großstädtische Verhältnisse in unserem Berufe zu erringen. Was im vorigen Jahre erreicht ist, muß in diesem Jahre doppelt erreicht werden. Mein sind wir nichts, vereint sind wir alles.

Versammlungs-Berichte.

Leipzig. In der Versammlung vom 10. Januar gab zunächst der Vertrauensmann den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß sich die Mitgliederzahl seit dem vorigen Jahr um über 100 vermehrt hat. Hierbei wurde der Wunsch geäußert, die Quartalsberichte den Mitgliedern künftig vor den Versammlungen zugänglich zu machen. Dem Vertrauensmann wurde Entlastung erteilt. Aus dem Bericht des Agitationskomitees ist die am Ende des Jahres 1901 erfolgte Raucherentsperrung zu erwähnen, die am Anfang des Berichtsjahres beendet wurde. Die bei einer anderen Firma beabsichtigte Rohreduktion konnte ohne Kampf zurückgewiesen werden. Auch sonst sind mehrere Verstöße gegen den Tarif borgekommen, die den Gesellenauschuß veranlaßten, bei der Innung Beschwerde zu führen. Die Haupttätigkeit des Agitationskomitees war auf die Gewerbung neuer Mitglieder gerichtet. Zu diesem Zwecke wurden Bezirksversammlungen einberufen, zu denen die unorganisierten Kollegen, deren Wohnungen zuvor ausfindig gemacht werden mußten, eingeladen worden waren. Ein nennenswerter Erfolg war aber erst dann bemerkbar, als die betreffenden Kollegen in ihren Wohnungen aufgesucht wurden. Eine weitere Tätigkeit erforderte die Aufnahme einer Statistik, die für das erste Halbjahr vorliegt. An derselben beteiligten sich 578 Kollegen. Davon waren 442 Maler, 115 Lackierer und 21 Anstreicher. Verheiratet waren insgesamt 324 mit 486 Kindern. Bezüglich der Arbeitszeit wurde festgestellt, daß jetzt 10 Prozent der Maler länger als neun Stunden arbeiteten, dagegen von den Lackierern und Anstreichern annähernd 70 Prozent. Der durchschnittliche Stundenlohn betrug bei den Malern 51 $\frac{1}{2}$ *J*, bei Lackierern 45 *J* und Anstreichern 34 $\frac{1}{2}$ *J*. Ueber die Arbeitslosigkeit gehen folgende Zahlen Auskunft: Es waren im ersten Halbjahr 1902 arbeitslos: 317 Maler 13 149 Tage; im Durchschnitt jeder einzelne 41 $\frac{1}{2}$ Tage oder 7 Wochen; 25 Lackierer 958 Tage; im Durchschnitt jeder einzelne 38 Tage oder 6 $\frac{1}{2}$ Wochen; 4 Anstreicher 227 Tage; im Durchschnitt jeder einzelne 56 $\frac{1}{2}$ Tage oder 9 $\frac{1}{2}$ Wochen. Ingesamt waren arbeitslos 346 Kollegen 14 334 Tage. Erkrankt waren: 76 Maler 1947 Tage, im Durchschnitt 25 $\frac{1}{2}$ Tage; 11 Lackierer 142 Tage, im Durchschnitt 13 Tage; 5 Anstreicher 99 Tage, im Durchschnitt 20 Tage. Ingesamt waren also krank 92 Kollegen 2188 Tage.

Darunter waren 13 Fälle von Bleivergiftung und 14 Fälle von Rheumatismus. Das ganze Ergebnis wird erst dann einen Wert besitzen, wenn die Statistik vom ganzen Jahre vorliegt, und womöglich mehrere Jahre fortgesetzt wird. Ferner ist zu berichten, daß eine Petition an den Rat der Stadt Leipzig gerichtet war, in der besondere Gesetzmäßigkeiten zum Schutze gegen die Bleivergiftungsgefahr gefordert wurden. Im vergangenen Jahre wurden 24 Versammlungen abgehalten, in denen 12 Vorträge gehalten wurden. Die Erfolge der auswärtigen Agitation sind weniger günstig, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß nur

wenige und verhältnismäßig kleine Städte in Betracht kamen. So mußte die Zahlstelle Eilenburg infolge Maßregelung der leitenden Person aufgelöst werden. In Grimma wurde mehrmals der Versuch gemacht, festen Fuß zu fassen, aber ohne jeden Erfolg. Würzen wurde drei mal mit Referenten besichtigt, es war aber nicht möglich, den alten Mitgliederbestand nennenswert zu erhöhen. Eine Anfrage an das Gewerkschaftsamt blieb ohne Antwort. Nur in Naunhof wurden einige Mitglieder gewonnen.

Bei den nun vorgenommenen Neuwahlen wurde Kollege Müller als Vertrauensmann wiedergewählt. Das Agitationskomitee setzt sich aus den Kollegen Hännich, Kaufmann, Schlesinger, Knoch, Schrapf und Wilhelm zusammen. Als Revisoren wurden N. Grüner, Goldh und Löwe gewählt. Der Bericht vom Arbeitsnachweis lag der Versammlung gedruckt vor. Es wurde nur noch aufgefodert, daß alle Kollegen, die arbeitslos sind, wenn auch nur tageweise, sich im Arbeitsnachweis melden sollen, um eine gute Arbeitslosenstatistik zu bekommen. Hierauf wurden die Kollegen N. Grüner, Margraf, Paulert, Sölling, Seltz, Berndt und Coci als Arbeitsnachweisleitende und N. Grüner und Sebide als Erfassungsmänner gewählt.

Es folgte nun der Bericht und die Neuwahl der Bibliothekare. Aus der Bibliothek wurden 682 Bücher entliehen. In der Diskussion wurden besonders die Werke über Nationalökonomie und Nationalwissenschaften, von denen nur 37 Bücher entliehen wurden, einer besseren Beachtung empfohlen. Leiber sind auch im letzten Jahre eine Anzahl Bücher abhanden gekommen. Die Kollegen könnten selbst mit dazu beitragen, derartige Mängel zu beseitigen, wenn sie sich pünktlicher einfänden würden. Die Vorlagenwerke wurden von 221 Kollegen in Anspruch genommen. Den Bibliothekaren wurde D. Schrage erteilt. Gewählt wurden die Kollegen Schertl, Großer, Giesner, und Hübnier, als Revisoren Strobbach und Quas.

Das Arbeitsnachweisreglement war seitens des Agitationskomitees in Gemeinschaft mit den Nachweisleitenden einer Revision unterzogen worden; dasselbe wurde mit einigen Änderungen genehmigt.

Rixdorf. Generalversammlung vom 12. Januar. Zunächst gab Kollege Nisch den Vorstandsbericht; denselben war zu entnehmen, daß unsere Filiale stetig vorwärts schreitet. Nach dem Klassenbericht vom vierten Quartal 1902 ergab sich, daß pro erstes Quartal 1903 ein Klassenbestand von 179,10 *M* verbleibt. Der augenblickliche Mitgliederbestand ist 150. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Nach Erledigung der noch notwendigen Wahlen wurde Kollege Nisch als Kandidat zur Generalversammlung aufgestellt. Den streikenden Weibern in Meerane werden einstimmig 20 *M* aus der Filialkasse bewilligt. Zum Schluss forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, auch im neuen Jahre recht fleißig für die Vereinigung zu wirken und auch dafür zu sorgen, daß unsere Versammlungen stets zahlreich besucht werden, da in nächster Zeit sehr wichtige Angelegenheiten zu erledigen wären.

Eingeleitet.

Arbeitslosenversicherung.

In keiner Zeit ist so oft über die Fortentwicklung unserer Gewerkschaft so lebhaft debattiert worden, als in der Zeit, seitdem die Arbeitslosenversicherung im Vordergrund steht. Und mit Recht; auch ich halte die Arbeitslosenversicherung für notwendig. Wenn wir die Leistungen unserer Gewerkschaft erhöhen, dann werden wir unsere Organisation entwickeln; überall hinter ihnen steht und als ein Stück Existenz ihrer selbst betrachten. Nicht allein hohe Ideale, nein, ganz besonders materielle Interessen fesseln die Mitglieder an die Gewerkschaft. Wenn man die Verhandlung über Arbeitslosenversicherung von der letzten Generalversammlung in Würzburg durchliest, finden wir, daß, wenn nicht ein besseres Material auf der Generalversammlung in Berlin vorgelegt werden kann, wir wieder dasselbe wie in Würzburg haben, und die Arbeitslosenversicherung kommt nicht zustande. Ich glaube behaupten zu dürfen, daß die Statistik in diesen letzten Jahren nicht viel besser ist, als in den früheren Jahren. Wenn man in Betracht zieht, wie die Zettel ausgestellt werden, so kann man mit Bestimmtheit behaupten, daß wir uns wenig auf dieses Material verlassen können. Besser wäre es, wir machten einmal einen Winter den Versuch, und wir würden dann ein gutes und bestimmtes Material im Besitz haben. (?) Wir könnten dann beobachten, ob wir in der Lage sind, überhaupt eine Arbeitslosenversicherung in unserem Berufe einzuführen. Es wäre vielleicht möglich, die Probe durchzuführen, wenn wir die 30 Sommerwochen von 35 auf 50 *J* und die 22 Winterwochen von 15 auf 20 *J* erhöhen könnten. Rechnen wir für Arbeitslosenunterstützung pro Tag 1 *M* und den Höchsthelfbetrag von 24 *M* auf die Dauer von 4 Wochen mit Abzug einer Woche Karenzzeit, und in der Zeit vom 1. November bis zum 1. Februar, da mir kein anderes Material als aus dem Würzburger Protokoll zur Verfügung steht, welches auf Seite 33 für mich als Schema dient. Ich rechne also 13 000 Mitglieder,

1643 Fälle von	1—6 Tagen	=	9 858 <i>M</i>
984 „ „	7—12 „	=	11 808 „
786 „ „	13—18 „	=	14 148 „
490 „ „	19—24 „	=	11 760 „
390 „ „	24 „	=	9 360 „
1160 „ „	24 „	=	27 840 „

5453 Fälle 87 774 *M*
Die Mehreinnahme von den Beiträgen macht 72 800 *M*.
Rest 11 974 *M*.

Diese Summe wäre nun noch aufzubringen. Ich denke aber, wir könnten die Krankenunterstützung fallen lassen und zwar aus folgenden Gründen: 1. Wenn wir eine Arbeitslosenunterstützung einführen, würden die Kollegen gerne auf die Krankenunterstützung verzichten, denn sehr viele sind nur deshalb krank, weil sie keine Arbeit haben, mit anderen Worten, sie schieben Krankheit vor, um Unterstützung zu erhalten von der Krankenkasse und vom Verband. 2. Wir können auch aus anderen Gründen die Krankenunterstützung fallen lassen, weil jeder in einer Krankenkasse versichert sein muß und demzufolge auch unterstützt wird. Nicht das Krankengeld von den Innungskassen nicht dann rate ich jedem, in eine freie Kasse einzutreten, die bessere Vorteile bietet. Diesen uns noch fehlenden Betrag von 11 974 *M* könnten wir dann mit dem Gelde, welches für Krankenunterstützung gezahlt wurde, decken. Die übrigen Kosten für Druck, Porto usw. müßte vorerst die Hauptkasse tragen. Diese vorgeschlagene Steigerung der Beiträge würden die Kollegen wohl mitmachen, aber pro Woche 1 *M* und dann noch die örtlichen Marken, dafür glaube ich nicht, daß sie zu haben sind. Hier wird vielleicht eingewendet, daß die von mir vorgeschlagene Arbeitslosenunterstützung auch sehr bescheiden sei. Das gebe ich zu, aber bei dieser kleinen Steigerung der Beiträge ist nicht mehr zu leisten möglich. Im anderen Falle ist es mir auch hauptsächlich darum zu

tun, eine bestimmte und ziemlich genaue Statistik zu bekommen. Die Statistik wäre ja freilich nur vom 1. November bis zum 1. Februar, aber wenn die Unterstützungsberechtigten vor dem 1. November arbeitslos gewesen sind, ist denn doch zu erfragen, denn eine diesbezügliche Frage müßte auf dem Schein, der an die Hauptkasse nach Bezahlung der Unterstützung ergahnt wird, vermerkt sein. Gewiß werden nach dem Versuchsjahre die Kollegen dann auch für größere Beiträge zu haben sein. Wir wären in der Lage, den Beitrag, pro Woche 1 *M*, zu zahlen, wenn nur alle es begreifen wollten.

Ich verweise auf die Buchdrucker und den Artikel in Nr. 44 unseres „Vereins-Anzeiger“. Gerade deren gute Einrichtungen ziehen die Kollegen an, und ihre Klassenverhältnisse haben ihnen dazu verholfen, bei der letzten Tarifberatung ihren Lohn trotz der Krise um ein kleines zu steigern, sonst würden die Unternehmer nichts bewilligt haben. Wenn nun die Arbeitslosenversicherung im großen ganzen nicht zustande kommt, möchte ich folgenden Vorschlag machen, damit doch wenigstens die verheirateten Kollegen eine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Unter Reglement für Reizeunterstützung hinter § 4 ist ein § 5 zu setzen in folgender Fassung: Verheirateten Mitgliedern, die ein Jahr der Vereinigung angehören, ist an Arbeitslosenunterstützung pro Woche 6 *M* vier Wochen lang ausschließlich der Sonntage zu gewähren. Die Unterstützung steigt bis zu 5 Jahr pro Woche 50 *J*. Nach sechsmonatiger Karenzzeit tritt die Unterstützung in Kraft. Innerhalb zwei Tage der Karenzzeit ist dem Filialvorstand die Quittungskarte nebst Abgangszugangsprotokoll vorzulegen. Wenn der Unterstützungsberechtigte sonst keinen Lebensunterhalt erwirbt, wird ihm die Unterstützung entzogen. Die Unterstützung wird nur während der Zeit vom 1. November bis zum 1. Februar gewährt und wenn der Empfänger nicht über vier Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist. Unterstützung kann das Mitglied erst dann wieder erhalten, wenn es 40 Wochen Beiträge gezahlt hat.

Wie aus meinem Antrage zu ersehen ist, ist diese Arbeitslosenunterstützung für die Verheirateten nicht viel größer als für die Ledigen die Reizeunterstützung. Die anderen Berechtigungen, die den Verheirateten gewährt werden, sind nicht bedacht ansetzbar, daß wir hoffen können, sie dadurch in unsere Vereinigung hineinzuziehen. Wenn wir den Verheirateten nichts materielles gewähren, können wir sie nicht überzeugen, uns beizutreten, das wird wohl den meisten Kollegen schon bekannt sein, die die Verhältnisse näher kennen. Da die ledigen Mitglieder Reizeunterstützung erhalten, eigentlich ist es Arbeitslosenunterstützung, denn die meisten würden nicht abreisen, wenn sie Arbeit hätten, und die Verheirateten am Plage bleiben müssen, wenn auch keine Arbeit da ist, ist es notwendig, denselben Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. In der Jugend recht eifrige Mitglieder gehen uns nach ihrer Verheiratung meistens verloren. Warum? Weil der Verein für sie keinen Zweck mehr hätte. Haben wir erst die Verheirateten, dann können die jüngeren Kollegen auch besser herangezogen werden. Es ist doch bekannt, daß die älteren Kollegen auf die jüngeren mehr einwirken und Eindruck machen wie umgekehrt. Weil jetzt die älteren die jüngeren Kollegen abhalten, so ist es von besonderer Wichtigkeit, den Verheirateten eine Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, um diese heranzuziehen. Wir müssen mit Freuden an die Arbeit gehen, und wenn ein Trost, wenn wir wissen, daß ein arbeitsloser Kollege eine Unterstützung hat, um nicht dem Elend und dem Mitleid zu verfallen. Darum, Kollegen, dürfen wir uns nicht weigern, mehr Beitrag zu zahlen. Wenn wir dieser guten Sache das Geld entziehen, dann ist keine Hoffnung vorhanden, daß die Arbeitslosenversicherung eingeführt werden könnte, sobald wir viele waghühner über Überführungen, die Arbeitslosenversicherung, eingeführt haben.
Düsseldorf. Georg Gerken.

Daß in unferne... nicht alles so bestellt ist, wie es sein sollte, ist nur zu sagen. Ist nur zu sagen, ist eine Kampforganisation. Ohne Kampf kein Organisation ist beißen. Kämpfe erfordern aber Opfer. Damit nun... Geber in diesem Kampfe Opfer bringt, nicht erliegt, zahlen wir Beiträge, damit die Organisation dem Opfer Bringen den helfen unter die Arme greifen kann. Geschieht das, nun immer und überall in gerechter Weise?

Ich bezweifle das, weiß ich, auf die Reizeunterstützung hin. Ist denn das Reisen ein so hervorragendes, im Interesse der Organisation gebrachtes Opfer, daß es im jedem Winter bis zur Höhe von 21 *M* pro Mann honoriert werden muß? Wer reist denn überhaupt und warum reist man? Junge Leute, die etwas lernen wollten, gingen früher und auch wohl heute noch in die Fremde, um in großen Städten zu arbeiten und Kenntnisse zu sammeln und dafür werfen wir alljährlich Tausende zum Fenster hinaus. Will man etwa behaupten, daß diese jungen Leute, die zum größten Teil den eigentlichen Zweck der Organisation noch garnicht richtig begriffen haben, die eifrigsten Pioniere in dieser Sache seien. Das ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, falsch. Im Gegenteil, die sechshundert älteren und verheirateten Kollegen, diese bilden den Stamm und bringen auch die größten Opfer! Für diese hat man aber nur geringe Gegenleistung und auch noch in solchen Fällen, wo sie es, wenn es sein müßte, auch noch entbehren könnten.

Viele Kollegen werden im Herbst wegen ihrer Verbands-tätigkeit abgeschoben, „wegen Mangel an Arbeit“ heißt es gewöhnlich. Oft werden sie garnicht einmal entlassen, sondern sollen nur „aussehen“; sie bekommen Beschäftigung und nun warten diese Kollegen 18 und 20 Wochen lang. Daß das eine Maßregelung ist, kann Niemand nachsehen und wird daher auch nicht unterstützt. Ist es da ein Wunder, daß uns noch so viele Kollegen fernstehen, die sich um keine Organisation kümmern!

Wer es schon einmal durchgemacht hat, der wird wissen, was eine 18 bis 22wöchige Arbeitslosigkeit für Schrecknisse mit sich bringt! Und diese Schrecknisse, diese Härten zu mildern, die ohne Schuld des Betroffenen eintreten, das ist Pflicht der Organisation! Geht das, was Ihr geben könnt, dem nichtlebenden Kollegen in seinem Heim, in seine Familie! Warum muß er sich das erst auf der Landstraße holen? Warum wendet diese Tausende, die alljährlich auf diese Weise ausgegeben werden, zu einer, wenn auch nur ganz mäßigen Arbeitslosenunterstützung, ebenso wenn es nicht anders geht, die Kranken- und Sterbegeldzuschüsse! Gewiß, es ist eine schöne Sache, wenn ich in den Tagen der Krankheit eine Extraintegration bekommen kann. Wegen die äußerste Not bin ich aber hier schon durch das Gesetz geschützt. Wenn man über der Fürsorge für die Kranken, die Geunten bei zu langer arbeitsloser Zeit dem Elend anheimfallen läßt, das ist nicht gerecht!

Weiter möchte ich noch darauf aufmerksam machen, daß mit dem Gelde, das der Filialverwaltung verbleibt, manchmal in recht leichtsinniger Weise gewirtschaftet wird. Hier wäre Gerechtigkeit auch mehr am Plage; es wird noch viel zu viel dem Vergnügen geopfert.

Mit Vorbehalt glaube ich nun nachgewiesen zu haben, daß wenn man ernstlich gewillt wäre, eine Arbeitslosen-

